

ROTER BRIEF



IHRE LANDTAGSABGEORDNETEN HANNA NABER UND ULF PRANGE

SEITE 2

BEGRÜSSUNG

DEZEMBER PLENUM -
HAUSHALT UND ANTRÄGE
(TEIL 1)

SEITE 3

PLENUM

DEZEMBER-PLENUM -
HAUSHALT UND ANTRÄGE
(TEIL 2)
REDE VON ULF ZUM
KULTURHAUSHALT

SEITE 4

PLENUM

REDE VON ULF ZUM
JUSTIZHAUSHALT
BESUCHERGRUPPE AUS
OLDENBURG

SEITE 5-6

PLENUM/VOR ORT

PROJEKTPATENSCHAFT N21
VERABSCHIEDUNG VON
ANDREAS GÖGEL
25 JAHRE PRÄVENTIONSRAT
BESUCH BEI BACKYARD
THEATERPÄDAGOGIK

BEGRÜSSUNG / PLENUM

Moin!

Am 14. Dezember ereignete sich in Sydney, ein schrecklicher antisemitischer Terroranschlag. Während einer Chanukka-Feier eröffneten bewaffnete Täter das Feuer auf die Feiernden und töteten mindestens 15 Menschen, darunter ein zehnjähriges Kind; Dutzende weitere Personen wurden verletzt.

Dieser Angriff macht erneut in drastischer Weise deutlich, dass antisemitische und extremistische Gewalt weiterhin eine reale Bedrohung darstellt, die es konsequent zu bekämpfen gilt.

Religiöse und gesellschaftliche Vielfalt gehört zu den Grundpfeilern unserer offenen Gesellschaft. Wir als SPD werden uns weiterhin entschieden für den Schutz von Minderheiten und gegen jede Form von Hass und Gewalt einsetzen.

Unsere Gedanken sind bei den Opfern, den Familien und all jenen, die von diesem abscheulichen Verbrechen betroffen sind.

Auch wenn es uns allen gut tun würde nach solchem Terror

innezuhalten und den Alltag zu unterbrechen, so haben die Bürgerinnen und Bürger jedoch auch den Anspruch, dass ihre Abgeordneten sich weiterhin um ihre Belange kümmern. So lag in Niedersachsen der Fokus ganz auf dem Landeshaushalt.

Wir freuen uns, dass wir erneut hohe finanzielle Mittel nach Oldenburg holen können. 3 Mio. Euro werden z.B. für einen neuen Schwurgerichtssaal am Landgericht Oldenburg investiert.

Darüber hinaus sieht der Haushalt umfangreiche kommunale Investitions- und Fördermittel vor, die den Städten und Gemeinden zusätzliche finanzielle Spielräume eröffnen. Oldenburg profitiert dabei insbesondere von pauschalen Zuweisungen nach Einwohnerzahl, die flexibel für lokale Projekte eingesetzt werden können – etwa in den Bereichen Infrastruktur, Klimaschutz oder Digitalisierung. Weitere Einzelheiten zum Haushalt 2026 finden sie auf dieser und der nächsten Seite.

Wir wünschen viel Spaß bei der Lektüre, frohe Festtage und einen guten Start in das neue Jahr!

Dezember-Plenum im Landtag - Haushalt 2026 und Anträge (Teil 1)

Der Haushalt für das Jahr 2026 kann als historisch bezeichnet werden: Er umfasst ein Rekordvolumen von rund 48 Milliarden Euro zuzüglich 93,5 Millionen Euro aus der politischen Liste. Die Landesregierung investiert entschlossen in die Zukunft Niedersachsens.

Wesentliche Maßnahmen im Rahmen des Haushalts 2026 sind unter anderem:

- **Rund 14,45 Milliarden Euro** für Investitionen in unsere Infrastruktur, insbesondere in die kommunale Infrastruktur (4,7 Milliarden Euro), den ÖPNV (500 Millionen Euro), den Straßen- und Brückenbau (500 Millionen Euro), die Krankenhäuser (600 Millionen Euro), die Wohnraumförderung und die Landeswohnungsgesellschaft (400 Millionen Euro), den Breitbandausbau (500 Millionen Euro) sowie zahlreiche weitere Bereiche.

- **Etwa 250 Millionen Euro** jährlich zur strukturellen Entlastung der Kommunen ab 2026 für die Erstattung im Rahmen der beitragsfreien Kita. Bis 2031 sind hierfür insgesamt rund 1,75 Milliarden Euro zusätzlich etatisiert.

- **250 Millionen Euro** für den Einstieg in die Ausstattung und den technischen Support von Schülerinnen und Schülern ab Klasse 7 mit Tablets. In den kommenden Haushaltsjahren erfolgt ein Aufwuchs der Mittel auf rund 800 Millionen Euro. Damit setzen wir ein zentrales Wahlversprechen und ein wichtiges Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag um.

Darüber hinaus sichern wir über die politische Liste weitere wichtige Vorhaben für 2026 ab:

- **15 Millionen Euro** zusätzlich für die Sportstättenförderung zum Bau von Lehrschwimmbecken, damit unsere Kinder schwimmen lernen können.

- **10 Millionen Euro** zusätzlich für den ÖPNV, um wichtige Buslinien zu erhalten, die zwar wirtschaftlich kaum tragfähig sind, aber eine entscheidende Rolle für die Versorgung vor Ort spielen. Diese Mittel werden verstetigt.

- **5 Millionen Euro** zusätzlich für das Niedersachsenmenü in den Hochschulmensen, um weiterhin ein bezahlbares warmes Essen zum Preis von 2,50 Euro anbieten zu können.

Darüber hinaus standen zahlreiche abschließende Beratungen verschiedener Gesetze der Landesregierung auf der Tagesordnung. Hier einige Schlaglichter:

Änderung des kommunalen Finanzausgleichs

Der Gesetzentwurf der Landesregierung bringt den kommunalen Finanzausgleich auf den aktuellen Stand. Entsprechend dem Koalitionsvertrag zwischen der SPD und Grünen wurden bestehende Anpassungsbedarfe durch eine Expertenkommission überprüft.

Die von der Landesregierung eingesetzte Expertenkommission war sich bei der Festlegung des Überprüfungsumfangs einig, dass der niedersächsische kommunale Finanzausgleich ein stabiles System darstellt und daher keine grundlegenden systematischen Änderungen erforderlich sind.

Fortsetzung auf Seite 3.

PLENUM

Dezember-Plenum im Landtag - Haushalt 2026 und Anträge (Teil 2)

Fortsetzung von Seite 2

Wassergesetz

Hintergrund ist, dass die Wasserwirtschaft infolge des Klimawandels vor erheblichen Herausforderungen steht. Klimatische Veränderungen wirken sich unmittelbar auf den Wasserhaushalt und die Gewässerqualität aus.

Neben zunehmenden Starkregenereignissen und der damit verbundenen Hochwassergefahr führen auch Trockenheit, niedrige Wasserstände und wachsende Nutzungskonkurrenzen um die Ressource Wasser zu erheblichen Belastungen. Der Gesetzentwurf soll geeignete Instrumente bereitstellen, um die Wasserwirtschaft in die Lage zu versetzen, diesen Herausforderungen besser zu begegnen.

Parlamentarisches Kontrollgremium in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

Ziel ist es, ein starkes Zeichen für eine wehrhafte Demokratie und einen

handlungsfähigen Rechtsstaat zu setzen. Mit der Einrichtung eines eigenständigen, verfassungsrechtlich verankerten Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) zur Kontrolle des Verfassungsschutzes wird die parlamentarische Kontrolle institutionell weiterentwickelt und auf eine zukunftssteife Grundlage gestellt. Die gezielte Destabilisierung demokratischer Gesellschaften durch Desinformation, Propaganda, Cyberangriffe oder die gezielte Schwächung demokratischer Institutionen – ist Teil eines systematischen Vorgehens autoritärer Regime gegen offene Gesellschaften. Diese Bedrohungen richten sich auch gegen demokratische Strukturen in Niedersachsen. Sie gefährden das Vertrauen in staatliche Institutionen, die Integrität politischer Prozesse und letztlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Kostenfreie Tablets ab Klasse 7

Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Der Zugang zu digitalen Endgeräten ist heute eine

Grundvoraussetzung für gleichberechtigte Bildungsteilhabe. Deshalb sollen Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7 in Niedersachsen ab dem Schuljahr 2026/2027 erstmals kostenfrei und jahrgangsweise aufsteigend mit Tablets ausgestattet werden.

Die kostenfreie Bereitstellung der Endgeräte stellt sicher, dass alle Kinder – unabhängig vom Einkommen der Eltern – die gleichen Lernchancen erhalten. Zugleich sorgt sie für einen unbürokratischen Ablauf, da kein Einkommensnachweis erforderlich ist. Einheitliche technische Standards erleichtern den Einsatz im Unterricht sowie Wartung und Support, während die finanzielle Belastung der Familien minimiert wird.

Alle Einzelheiten zum Haushalt finden sie [hier](#).

Weitere Anträge und Informationen zum Dezemberplenum finden Sie [hier](#).

Auszug aus der Rede von Ulf Prange zum Kulturhaushalt der Landesregierung - Kultur als Fundament einer lebendigen Demokratie: Land Niedersachsen stärkt Kulturförderung

Mit dem aktuellen Haushalt setzen die Regierungsfractionen ein klares Zeichen für die nachhaltige Stärkung der Kulturlandschaft in Niedersachsen. Insgesamt wird der Kulturhaushalt über die politische Liste um rund 5,5 Millionen Euro aufgestockt.

„Kultur ist kein Luxus, sondern ein zentraler Bestandteil unserer Demokratie: Sie schafft Räume für Austausch, Teilhabe und Zusammenhalt – gerade in Zeiten gesellschaftlicher Herausforderungen“, betont Ulf Prange, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Ein Schwerpunkt liegt auf der dauerhaften Absicherung kultureller Strukturen. In den letzten Haushalten ist es Minister Falko Mohrs gelungen, Mittel aus der politischen Liste der Vorjahre zu verstetigen. Davon profitieren die kommunalen Theater, die Musikschulen, der Landesmusikrat, der Landesverband Theaterpädagogik, die freien Theater sowie die Landschaften. Mit der sogenannten Kulturmillion, die dauerhaft zur Verfügung steht, erhalten 54 Kultureinrichtungen mit dem Haushalt 2026 weitere finanzielle Verbesserungen.

Besondere Aufmerksamkeit gilt der kulturellen Bildung junger Menschen. Über die Änderungsanträge der regie-

rungstragenden Fraktionen werden die Kunstschulen, das Theaterpädagogische Zentrum Lingen, die Landesjugendensembles sowie die LAG Rock finanziell gestärkt.

Rot-grün stärkt die Kultur in der Fläche durch zusätzliche Mittel für die Kulturverbände in Niedersachsen, die nicht nur die urbanen Zentren sondern auch den ländlichen Raum mit ihren Kulturangeboten erreichen. Die Projektmittel für den Landesverband Freie Darstellende Künste sowie die Investitions- und Projektmittel für die Soziokultur werden aufgestockt. Auch die freien Ensembles sowie die Museen profitieren von einer erhöhten Förderung. Der Museumsverband Niedersachsen wird bei der digitalen Transformation der Museen unterstützt, unter anderem durch das Projekt eMuseum. Abgerundet wird der Haushalt durch eine Stärkung der Bundesakademie für kulturelle Bildung in Wolfenbüttel, die als zentrale Fort- und Weiterbildungseinrichtung für Kulturschaffende fungiert.

Mit diesen Maßnahmen investiert das Land Niedersachsen gezielt in kulturelle Teilhabe, Nachwuchsförderung, Vielfalt und Zukunftsfähigkeit - und unterstreicht den Stellenwert von Kultur als tragender Säule einer offenen und demokratischen Gesellschaft.

PLENUM

Auszug aus der Rede von Ulf Prange zum Justizhaushalt der Landsregierung - Land Niedersachsen stärkt Justiz als Fundament unserer Demokratie

Mit dem Justizhaushalt 2026 setzt das Land Niedersachsen ein deutliches Signal für einen starken, handlungsfähigen und zukunftsfesten Rechtsstaat. Der Einzelplan 11 wächst auf rund 1,749 Milliarden Euro – ein Plus von etwa 81 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr. Hinzu kommen weitere rund 8 Millionen Euro aus der politischen Liste der Regierungsfractionen.

Eine starke Justiz ist das Fundament unserer Demokratie. Sie schafft Vertrauen, schützt Freiheit und sichert den gesellschaftlichen Frieden.

Zentrale Schwerpunkte des Justizhaushalts 2026

Digitalisierung der Justiz: Zusätzliche knapp 20 Millionen Euro zur Stärkung des Zentralen IT-Betriebs Niedersachsen (ZIB), für mehr Systemstabilität, IT-Sicherheit, moderne Arbeitsplätze und Videokonferenztechnik. Der vollständige Umstieg auf den elektronischen Rechtsverkehr bis 1. Januar 2026 wird erreicht. Zudem werden zusätzliche Stellen für IT- und KI-Projekte geschaffen.

Personalaufbau und Entlastung

55 neue Stellen, darunter zusätzliche Richterstellen sowie ein deutlicher Ausbau im Bereich Cybercrime durch eine neue Zentralstelle bei der Generalstaatsanwaltschaft Oldenburg (Sitz Osnabrück). Auch die Verwaltungsgerichtsbarkeit wird nachhaltig durch die Verstetigung befristeter Stellen und die Schaffung von 18 neuen Stellen gestärkt.

Stärkung des Justizvollzugs: Beförderungsmöglichkeiten

mit einem Volumen von 1 Mio. Euro, zusätzliche Anwärterstellen und Investitionen in moderne Sicherheitstechnik wie Drohnenabwehr entlasten die Beschäftigten und erhöhen die Sicherheit.

Bau- und Investitionsmaßnahmen: Wichtige Großprojekte wie der Neubau des Schwurgerichtssaals am Landgericht Oldenburg sowie der Neubau der JVA Hannover werden vorangebracht. Zusätzlich fließen Mittel aus dem Investitionsprogrammen Bundes in die Justizgebäude im Land.

Prävention, Opferschutz und Demokratiearbeit

Mehr Mittel für den Täter-Opfer-Ausgleich, für Prävention von Kinder- und Jugendgewalt, den Schutz vor Antisemitismus, die Beratung von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sowie für den Kampf gegen Hass, Hetze im Netz.

Gute Resozialisierung

Die Straffälligenhilfe wird nach Jahrzehnten aus dem Projektstatus in eine institutionelle Förderung überführt. Der Ambulante Justizsozialdienst wird durch digitale Ausstattung weiter gestärkt.

Mit dem Haushalt 2026 investiert Niedersachsen gezielt in Digitalisierung, Personal, Prävention. Damit stärken wird die Justiz als wichtige Säule der Demokratie.

Die vollständige Rede finden Sie [hier](#) unter TOP 33.

Besuchergruppe aus Oldenburg zu Gast im Niedersächsischen Landtag

Hanna Naber und Ulf Prange empfingen am 15. Dezember 2025 eine Gruppe interessierter Oldenburger Bürgerinnen und Bürger, welche nach Hannover gekommen waren, um sich über die Arbeit im Landtag zu informieren.

Nach der Besichtigung des Neuen Rathauses Hannover wurden die Besucher im Landtag begrüßt. Nach einer kurzen Einweisung in die Tagesordnung und einem Vortrag über die Geschichte des Landtages, konnten die Besucher auf der Tribüne die Plenarsitzung live verfolgen. Im Anschluss bestand die Möglichkeit, bei Kaffee und Keksen, den Abgeordneten Fragen zu stellen und über aktuelle Themen, die den Bürgern „auf dem Herzen liegen“, zu diskutieren.

Dieses Mal standen u.a. das mögliche AFD-Verbot und die aktuellen Bahnprobleme im Fokus der Gespräche.

Die nächsten Landtagsfahrten finden am 28. April und am 24. Juni 2026 statt.

Bei Interesse melden Sie sich gern unter wahlkreisbuero@ulf-prange.de oder 0441-36117512



PLENUM / VOR ORT

Landtag online - Prange fungiert als Projektpate für Schüler*innen des Hebartgymnasiums

Im Rahmen des Dezemberplenums gastierten vier Schüler*innen des Hebartgymnasiums im Landtag. Tatkräftig unterstützt von ihrem Wahlkreisabgeordneten Ulf Prange, der dabei als „Türöffner“ fungierte, machten sie sich auf den Weg, um möglichst viele interessante Interviews mit Landespolitiker*innen zu führen. Ganz wie die Profis recherchierte das junge Reporterteam Fakten und fragte hartnäckig nach.

Im Gespräch waren u.a. Ministerpräsident Olaf Lies, Kultusministerin Julia Willie Hamburg und Landtagspräsidentin Hanna Naber. Alle Beiträge finden Sie auf: www.schul-internetradio.de

Seit dem Jahr 2004 berichten regelmäßig Schulteams aus ganz Niedersachsen über die Plenartage im Landtag. Begleitet werden sie dabei von einer/einem Abgeordneten aus dem Wahlkreis der Schule, einer Lehrkraft und der Landesinitiative n 21. Ziel des Projekts ist es, durch journalistisches Arbeiten Demokratiebildung und Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern zu fördern und sie für landespolitische Themen zu begeistern.



Bild: Landesinitiative n 21

25 Jahre Präventionsrat



Bild: Präventionsrat Oldenburg

„Prävention hat es nicht immer leicht. Sie ist leise. Sie wirkt im Vorfeld. Sie verhindert im besten Falle etwas, das nie sichtbar wird.“ Zum 25-jährigen Jubiläum hielt Hanna Naber am 8.12.25 die Laudatio des Präventionsrates Oldenburg. In ihrer wertschätzenden Rede hob sie die Bedeutung der Präventionsarbeit für unsere Demokratie und für Oldenburg hervor. „Prävention ist ein Ausdruck von Vertrauen. Vertrauen darauf, dass Probleme lösbar sind, wenn man frühzeitig miteinander ins Gespräch kommt. Wenn man Menschen ernst nimmt. Wenn man Verantwortung teilt. Genau deshalb ist Präventionsarbeit für mich auch zutiefst demokratische Arbeit“.

Mit ihren Projekten setzt der Präventionsrat ein klares Zeichen für Menschenwürde, gegen digitale Gewalt und für eine Debatte, die auf Respekt und Menschenrechten basiert.

Verabschiedung von Andreas Gögel



Im Rahmen der Veranstaltung „Kompass: Was ist Freiheit?“ der Volkshochschule Oldenburg wurde Andreas Gögel, Geschäftsführer der VHS Oldenburg, verabschiedet. Die Veranstaltung ergänzte den Abend und hob Gögels Engagement für Bildung hervor.

Zu Gögels zentralen Meilensteinen als VHS-Geschäftsführer zählt unter anderem der Aufbau des Bereichs Integration als Antwort auf die Flüchtlingskrise – inklusive Deutschkursen und Qualifizierungsangeboten.

Hanna Naber und Ulf Prange dankten Andreas Gögel herzlich für die gute Zusammenarbeit und wünschen ihm alles erdenklich Gute für die Zukunft.

VOR ORT

Besuch bei Backyard

Am 05.12. besuchten Hanna Naber und Ulf Prange den Oldenburger Verein Backyard.

Neben dem Fokus auf Breiten- & Freizeitsport in den Bereichen BMX, Skateboard und Rollstuhlairmotocross ist der Verein auch im Leistungssport aktiv. In den olympischen Disziplinen BMX Freestyle und Skateboarding ist Backyard inzwischen Landesstützpunkt und stellte 2024 in Paris mit Kim Lea Müller die einzige Deutsche Olympionikin im BMX Freestyle.

Unter den über 700 Mitgliedern des Vereins sind viele Kinder- & Jugendliche, einige von ihnen kommen aus traumazentrierten Wohngruppen und erlangen durch den Sport wieder Selbstvertrauen und neue Perspektiven.

Um alle seine Angebote weiterentwickeln zu können bemüht sich Backyard seit 2019 um eine Erweiterung seiner Sportanlage. Neben einem bereits laufenden Antrag auf Bundesebene kamen Naber und Prange zum Gespräch um gemeinsam Fördermöglichkeiten auf Landes- und Kommunalebene zu eruieren.



Foto: Matthias Probst

Fachtag Theaterpädagogik

Am 12. Dezember lud der Landesverband der Theaterpädagogik zu seinem Fachtag in Braunschweig, unter dem Titel, Theaterpädagogik in herausfordernden Zeiten.

Kinder und Jugendliche wachsen heute in einer Welt auf, die Entwicklungspsycholog*innen als chaotisch und nicht mehr in Ordnung beschreiben. Theaterpädagogik vermittelt wichtige Kompetenzen, um sich in einer Welt wie dieser zu orientieren und handlungsfähig zu sein.

Immer häufiger kommt es aber in theaterpädagogischen Projekten, im Kontext von Demokratiebildung, zu zahlreichen Herausforderungen.

Der Fachtag hatte es sich zur Aufgabe gemacht für dieses Dilemma in seinen Workshops und Panels gemeinsam mit Studierenden, Lehrenden, sowie Theaterpädagog*innen im schulischen und außerschulischen Bereich nach Lösungen zu suchen.



KONTAKT

HANNA NABER

Huntestraße 23
26135 Oldenburg
Tel: 0441 361175-13
wahlkreisbuero@hanna-naber.de



ULF PRANGE

Huntestraße 23
26135 Oldenburg
Tel: 0441 361175-12
wahlkreisbuero@ulf-prange.de